

Simonis, Udo E.

Working Paper — Digitized Version

Wirtschaftswachstum in den 80er Jahren: zur wirtschaftspolitischen Strategiediskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Arbeitspapiere, Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung, Technische Universität Berlin, No. 18

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1980) : Wirtschaftswachstum in den 80er Jahren: zur wirtschaftspolitischen Strategiediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitspapiere, Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung, Technische Universität Berlin, No. 18, Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung, Technische Universität Berlin, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112670>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

ARBEITSPAPIERE

Udo Ernst Simonis

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DEN 80er JAHREN -
zur wirtschaftspolitischen Strategiedis-
kussion in der Bundesrepublik Deutschland⁺

Nr. 18

November 1980

Udo Ernst Simonis

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DEN 80er JAHREN -
zur wirtschaftspolitischen Strategiedis-
kussion in der Bundesrepublik Deutschland⁺

Nr. 18

November 1980

⁺) Vortrag auf der interdisziplinären Arbeitstagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 (WIPOG), Frankfurt, in Zusammenarbeit mit der K.W. und L.L.Kapp-Stiftung für die Integration und Humanisierung der Sozialwissenschaften, Basel/Genf, und der Evangelischen Akademie Arnoldshain zum Thema "Alternativen wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Entwicklung" am 15. und 16. Mai 1980 in Frankfurt.

Mein Dank gilt Dr. Eckhard Wegner für die kritische Durchsicht des Manuskripts und für vielfältige Anregungen.

I N H A L T

I. PROBLEMEINSCHÄTZUNG	1
II. NEUE BEDINGUNGEN DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS	3
1. Produktivitätszuwachs und Produktionsentwicklung	3
2. Investitionsstruktur	5
3. Umweltbelastungen	8
4. Verteilungsprobleme	10
5. Außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Kompensationsmechanismen	11
6. Wandel der Präferenzstrukturen	14
7. Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik - ein Fazit	15
III. NEUE BEDINGUNGEN DES WACHSTUMS UND DIE WIRT- SCHAFTSPOLITISCHE STRATEGIEDISKUSSION	16
1. Marktpolitik neoklassischer Provenienz	18
2. Keynesianische Strategien einer aktiven Steuerung des Wirtschaftsablaufs	21
3. Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspoliti- scher Strategien	26
a. Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschafts- wachstums und Neubestimmung der wirtschafts- politischen Ziele	26
b. Neubestimmung wirtschaftspolitischer Mittel und Neubewertung von Ziel-Mittel-Beziehungen	30
IV. AUSBLICK	32
ANMERKUNGEN	35
ZUSAMMENFASSUNG	42

"It was and is my contention that the nature and scope of economic theory is too narrow. This restriction has affected economic theory at its foundation: i.e., at the stage of concept formation, in the choice of criteria of evaluation and in the delimitation of the scope of inquiry."

K. William Kapp¹⁾

I. Problemeinschätzung

Die gesamtwirtschaftliche Stabilität ist seit einiger Zeit nicht mehr gewährleistet - trotz aller Versuche und Anstrengungen der staatlichen Wirtschaftspolitik. Schon die globalen Indikatoren des "Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" signalisieren erhebliche Fehlentwicklungen: die Stabilität des Preisniveaus ist - bei mehr als 5% Inflation - nicht gegeben, ein hoher Beschäftigungsstand ist - bei annähernd einer Million Arbeitsloser - seit nunmehr sechs Jahren nicht mehr erreicht worden; selbst das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist in jüngster Zeit ins Wanken geraten, der Überschuß in der Handelsbilanz reicht nicht mehr aus, die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz aufzuwiegen. Und was schließlich das Wirtschaftswachstum betrifft, so ist es sicherlich nicht stetig - und vielen ist es auch nicht angemessen hoch. Auch die Zukunftsaussichten, gemessen an diesen Indikatoren des "Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes", erscheinen in der mittleren Frist nicht allzu rosig: keine Entlastung an der Preisfront aus binnen- und aus außenwirtschaftlichen Gründen, Verfestigung oder gar Zunahme der Dauerarbeitslosigkeit, ein wachsendes Defizit in der Leistungsbilanz und reduzierte Zuwachsraten der Gesamtwirtschaft ...

Manchen Kritikern reichen schon diese wenigen Fakten für einen Abgang auf die traditionelle Wirtschaftspolitik und

für eine Abkehrung der Therapievorschläge der herrschenden wirtschaftspolitischen Lehre. Andere werden erst unruhig wegen weiterer Besonderheiten: der Koinzidenz von Inflation und Unterbeschäftigung und der Beobachtung, welche großen Preiserhöhungsspielräume Einzelne trotz schwacher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage haben und wie sie ihn nutzen, der Feststellung, daß auch umfangreiche zusätzliche öffentliche Schuldenaufnahme und arbeitsmarktpolitische Sonderprogramme nicht ausreichen, den Sockel an allgemeiner Arbeitslosigkeit abzubauen oder die merklichen regionalen und sektoralen Strukturprobleme und Entwicklungsunterschiede zu beseitigen, der Aussicht, daß selbst eine aktive Wachstumspolitik via Steuerentlastung und massiver Forschungs- und Entwicklungssubventionen kontraproduktive Beschäftigungs- und ebensolche Verteilungseffekte zeitigt.

Zunehmend kritisch werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problembereiche betrachtet, die nicht im "Stabilitäts- und Wachstumsgesetz" benannt sind und in der Regel außerhalb der konventionellen wirtschaftspolitischen Konzepte liegen: die vielfältigen Auswirkungen des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns in Bezug auf die physische und soziale Umwelt und auf die Arbeitsbedingungen, die gewollte und ungewollte Produktion von Ungütern und die darin liegende Gefährdung der Lebensgrundlagen des Menschen. Die Einsicht nimmt zu, daß die moderne Wirtschaft zahlreiche Probleme hervorbringt, die Einzelnen oder der Gesellschaft insgesamt zur Last fallen und die Vermutung wächst, daß eine zunehmende Zahl der Einkommensbezieher von strukturellen Problemen leben, die andere erzeugen - daß ein Teil des wachsenden Bruttosozialprodukts die Probleme des anderen Teils geradezu voraussetzt.

Im folgenden geht es um eine kurze Betrachtung der angerissenen Fragestellungen, um eine analytische Darstellung

der neuen Bedingungen des Wachstums und um einige die Wirtschaft der Bundesrepublik betreffende Trends, die die theoretische und praktische Wirtschaftspolitik fundamental herausfordern. Dazu sollen zunächst einige der neuen Bedingungen des Wachstums aufgezeigt und danach die wirtschaftspolitische Strategiediskussion in der Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen und kritisch bewertet werden.

II. Neue Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums

1. Produktivitätszuwachs und Produktionsentwicklung

Seit Mitte der 70er Jahre haben sich die Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums erheblich geändert. Vollbeschäftigung ist nicht mehr selbstverständliches Nebenprodukt einer wachsenden Wirtschaft und einer auf Expansion setzenden Wirtschaftspolitik. Die Gesamtwirtschaft wächst weiter, aber das Beschäftigungsvolumen hält nicht Schritt; die Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit wird tendenziell länger und die sogenannten Problemgruppen (Jugendliche, ältere Arbeiter, Frauen und Ausländer) sind davon besonders betroffen. Was sind die Ursachen, was sind die Auswirkungen?

Wichtige Bestimmungsgründe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeitskräften sind die Zuwachsraten des realen Sozialprodukts einerseits und der Arbeitsproduktivität andererseits ²⁾. In der Bundesrepublik ist die betreffende Entwicklung tendenziell dadurch gekennzeichnet, daß der relative Rückgang der ersteren wesentlich deutlicher ausgeprägt ist als die relative Abnahme der letzteren. Dem entspricht, bei gegebener Arbeitszeitregelung, eine zunehmende Trennung von Wachstums- und Beschäftigungseffekt der Wirtschaft. Hierin liegt zugleich ein wichtiger Anhaltspunkt eines langfristigen Beschäftigungsrisikos in der Gesamtwirtschaft, wenn und in dem Maße wie man die Wahrscheinlich-

keit der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität höher einschätzt als die weitere Zunahme des Produktionsvolumens.

Die Crux des Produktivitätszuwachses ist damit aber noch nicht aufgedeckt.³⁾ Gesellschaftsunspezifisch betrachtet, erscheint Produktivitätszuwachs uneingeschränkt erstrebenswert, weil bei gleichem Arbeitsaufwand in der gleichen Zeit mehr Güter produziert werden können. Wichtig ist dann allerdings, wie dieser Produktivitätszuwachs gesellschaftlich nutzbar gemacht wird: für Mehrproduktion (Konsumgüter, Investitionsgüter) bei gegebenem Arbeitseinsatz, für ein bestimmtes Produktionsniveau mit verringertem Arbeitseinsatz (Verminderung der Intensität der Arbeitsbelastung, Verringerung der Arbeitszeit) oder für eine bestimmte Kombination von beidem.

Gesellschaftlich brisant wird es jedoch erst in zwei Fällen: (a) wenn die aufgrund zunehmender Produktivität mögliche Mehrproduktion effektiv nicht wohlfahrtssteigernd wirkt (Produktion von Ungütern oder wachsende Obsoleszenz der Produkte) und/oder (b) wenn der Produktivitätszuwachs weder in Form verminderter Intensität der Arbeitsbelastung noch verringerter Arbeitszeit, sondern bei Erhöhung der Arbeitsbelastung und gleichzeitiger Freisetzung eines Teils der Arbeitskräfte erfolgt - wozu auch ein spezifischer Bias zuungunsten von Frauen und Berufsanfängern vorliegen kann.

Eine produktivitätssteigernde Wirtschaft ist gesellschaftspezifisch also in hohem Maße ambivalent. Unter bestimmten Bedingungen führt sie nicht zu konkret nutzbarem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern zu erhöhtem Leistungsdruck und zu Existenzgefährdung: während der größere Teil der Arbeitskräfte weiter aber intensiver beschäftigt wird, wird ein kleinerer Teil von der Teilnahme an der Produktion

ganz oder teilweise ausgeschlossen. Für einen solchen Fall erhält der Begriff der "industriellen Reservearmee" erneut seine Berechtigung.⁴⁾

Soll Wirtschaftswachstum zur Wohlfahrtsmehrung der Bevölkerung beitragen, so stellt sich der Wirtschaftspolitik die Aufgabe, daß die Produktion von Ungütern gebremst und die Obsoleszenz der Produkte reduziert werden. Soll (weitere) Arbeitslosigkeit vermieden werden, so müßte man einer rückläufigen Wachstumsrate des Produktionsvolumens wirtschaftspolitisch mit systematischer Reduzierung der Arbeitszeit und mit Verminderung der Intensität der Arbeitsbelastung begegnen - oder aber mit einer (stärkeren) gesellschaftlichen Steuerung des weiteren Zuwachses der wirtschaftlichen Produktivität.⁵⁾ Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und die Steuerung der Produktivitätsentwicklung stehen keineswegs im Widerspruch, wie manche meinen⁶⁾, angesichts der Tatsache der vorhandenen hohen Arbeitslosigkeit und angesichts der Erwartung, daß aufgrund von Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung das quantitative Potential an Erwerbstätigen weiter zunehmen wird. Daß in der Bundesrepublik in den 80er Jahren eine erhebliche zusätzliche Anzahl von Erwerbspersonen auf den Arbeitsmarkt drängen wird, gilt als sicher.

2. Investitionsstruktur

Der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft wird von vielen Faktoren bestimmt und entzieht sich insofern monokausaler Erklärungsversuche. Neben den Strukturverschiebungen bei der Produktion und der Erwerbstätigkeit ist aber vor allem der "technische Wandel" als Erklärungsfaktor von besonderer Bedeutung. Außer der Befürchtung, die sich bereits in der aktuellen Auseinandersetzung um die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen im Gefolge der Einführung neuer technischer Systeme und Verfahren in einer Reihe von Branchen

artikuliert, gehen die Vermutungen dahin, daß sich (darüber hinaus) ein grundlegender technischer Wandel in Richtung einer raschen relativen Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen, bei relativer Abnahme der Erweiterungsinvestitionen vollzieht. Während letztere zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, führen erstere dazu, daß Arbeitskräfte ersetzt bzw. vorhandene Arbeitsplätze vernichtet werden. Teilweise sinkende Arbeitsplatzsicherheit, berufliche Dequalifizierung, erhöhte Intensität der Arbeit bei gleichem oder vermindertem Einkommen können die Folge sein - und dies besonders für das sekundäre Segment des Arbeitsmarktes.

Entsprechend hat jede länger andauernde Veränderung der Relation beider Investitionstypen (ganz abgesehen von der jeweiligen Höhe des gesamten Investitionsvolumens) Konsequenzen für den Nettobeschäftigungseffekt der volkswirtschaftlichen Investitionen. Eine Politik der Investitionsförderung, eine Wachstumspolitik, die nicht ausreichend zwischen diesen Investitionstypen differenziert, kann daher beschäftigungsmäßig kontraproduktiv wirken; sie ermöglicht Wirtschaftswachstum bei zunehmender Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.⁷⁾

Eine wichtige Frage ist daher, welche Entwicklungen in Bezug auf die Struktur des Investitionsvolumens in der Bundesrepublik im Gange sind und sich für die Zukunft abzeichnen. Die Rationalisierungsinvestitionen haben in den 70er Jahren zwar nicht absolut aber doch relativ zu Lasten der Erweiterungsinvestitionen zugenommen. Mit dem weiteren Ausbau der Halbleitertechnik und vor allem mit dem Vordringen der Mikroprozessoren, deren Anwendungsbreite sich in Zukunft über das zur Zeit Vermutete hinaus erweitern könnte, wird sich insofern in der konkreten Struktur des volkswirtschaftlichen Investitionsvolumens eine neue Bedin-

gung des Wachstums von erheblicher Bedeutung ergeben können. Die Wirtschaftspolitik muß daher in ihrer Zielsetzung und in ihren Instrumenten entsprechend differenziert werden.

Eine andere Frage ist, ob sich die vorhandenen strukturellen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt (Vollzeitarbeitslosigkeit bei Facharbeitermangel) im Rahmen des voraussichtlichen technischen Wandels reduzieren lassen oder aber eher weiter zunehmen werden: Qualitatives Wachstum im Sinne besserer Produkte und besserer Produktionsprozesse (wissensintensive Industrie) stellt besondere Anforderungen an die Flexibilität der betrieblichen Organisationsstruktur und an die Qualifikationsstruktur von Management und Arbeiterschaft, die sich nicht ohne größere bildungs- und ausbildungsmäßige Anstrengungen einstellen werden.⁸⁾ Mit anderen Worten: Man wird Arbeit für alle, die es wünschen, nicht schaffen können, wenn man nur undifferenziert auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzt (was für sich genommen und aus verschiedenen Gründen eher rückläufig sein wird); man wird wirtschaftspolitisch vielmehr auf Senkung der Arbeitsbelastung durch Verringerung der Arbeitszeit und Verminderung der Intensität der Arbeit drängen müssen. Doch wird ein positiver Netto-Beschäftigungseffekt reduzierter Arbeitszeit nur bei Wahrung bestimmter Nebenbedingungen, die in der Flexibilität der Betriebsstruktur und in der Qualifikationsstruktur liegen, realisierbar sein.

Rationalisierung nur als Substitution von Arbeit durch Kapital (Maschinen) zu begreifen, wäre aber zu kurz gegriffen, insbesondere in Hinblick auf die Zukunft. Daneben gibt es Rationalisierungsinvestitionen, mit denen nicht der relative Einsatz von Arbeit, sondern der Einsatz von Energie und Rohstoffen reduziert wird: Geräte und Systeme, die Rohstoffe

und Energie ökonomischer einsetzen oder durch alternative Methoden Energie gewinnen und Rohstoffe konservieren. Wenn der technische Wandel mehr als bisher auf den Gebrauch und die Wiederverwertung als auf den Verbrauch und Durchfluß von Ressourcen orientiert (und dadurch möglicherweise die Substitution von Arbeit durch Kapital verlangsamt) werden könnte, würde der Wachstumsprozeß in diesem Sinne stärker qualifiziert. Entsprechende Investitionsförderung reduziert dann nicht nur den (potentiellen) Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt, sondern überwindet auch das konstatierte Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Beschäftigung. Allerdings: "Erfindungsgeist rentiert sich zur Zeit am besten, wenn es gelingt, mit billiger Energie teure Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Mit einem Seitenblick auf 16 Millionen Arbeitslose in den Industrieländern gilt es, diesen Trend zu brechen." ⁹⁾

Neue Technologien, die auf den Abbau von Energie- und Rohstoffverschwendung zielen, können die Gefahr der Arbeitsplatzvernichtung insgesamt erheblich verringern (Substitution von Energie- und Rohstoffumsatz durch Arbeit) ¹⁰⁾: Rohstoffrecycling, Energierückgewinnung, geschlossene Energie- und Rohstoffkreisläufe und damit einhergehende neue Schwerpunkte in der Produktpalette können einen positiven, gesamtwirtschaftlich bedeutenden Umschwung des Netto-Beschäftigungseffektes der Investitionen bewirken, so daß die Energie- und Rohstofffrage "... keine Bedrohung, sondern eine Chance für Kreativität und Wachstum" der Wirtschaft wird. ¹¹⁾

3. Umweltbelastungen

Noch für die 60er und die beginnenden 70er Jahre läßt sich sagen, daß in der Frage der Dauerhaftigkeit des Wachstumsprozesses kein nennenswertes Problemverständnis vorhanden war. Im "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachs-

tums der Wirtschaft" schließen weder die Zielindikatoren noch die sonstigen Begrifflichkeiten rohstoff- und energiebedingte oder ökologische Kategorien ein. Die Verbesserung der Lebensbedingungen (die Steigerung der Wohlfahrt) schien ohne "stetiges und angemessenes" Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar; daß dieses die Lebensbedingungen auch nachhaltig gefährden kann, war - insbesondere von K.W. Kapp - theoretisch vorformuliert und praktisch aufgezeigt¹²⁾, nicht aber ins allgemeine Bewußtsein getreten.

Inzwischen haben wir eine Reihe von konkreten Belastungsgrenzen der natürlichen Umwelt in Bezug auf die Abwälzung "externer Effekte" der Produktion und Konsumtion kennengelernt. Umweltschäden spiegeln eine Fehlallokation der Ressourcen wider, die auf ein ökonomisches Kalkül zurückgeht, das die wirtschaftende Einheit (Betrieb, Institution, Person) dazu verleitet, keine oder nur unzureichende Kenntnis von den gesamten Effekten ihrer Investitions-, Produktions- und Konsumentscheidungen zu nehmen. Die Wirtschaftspolitik müßte insofern auf eine andere Allokation der Ressourcen zielen, in Übereinstimmung mit einem umfassenderen ökonomischen Kalkül, der die kurz- und die langfristigen Effekte, die physischen und die sozialen Effekte des ökonomischen Handelns systematischer als bisher erfaßt und in die Entscheidungen einbezieht - oder, wie K.W. Kapp dies in deutlichen Worten sagt: "...the old capitalistic trick of ignoring or neglecting the environmental losses associated with production and growth, must be rejected as...untenable and potentially self-defeating..."¹³⁾

Im Gefolge drastischer Preiserhöhungen bei einzelnen Rohstoffen und Energieträgern sind in jüngster Zeit gewisse physische Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums (die zum Teil allerdings besser als "Grenzen der Verschwendung" zu bezeichnen wären) deutlich geworden - auch wenn dies, wie

etwa bei Öl und sonstigen Energieträgern, bisher noch zu keinem gesamtwirtschaftlich beachtlichen Einspareffekt geführt hat. (Das sich anbahnende drastische Defizit in der Leistungsbilanz belegt gerade diese Feststellung, weil es nicht auf einen Rückgang der Exporte, sondern auf einer mengenmäßig ungebrochenen, preisbedingten Importwelle beruht).

Obwohl das Vorhandensein natürlicher Grenzen in diesem Sinne als Bedingung für das Wirtschaftswachstum mehr und mehr anerkannt zu werden scheint, ist seine aktuelle Relevanz für die Ausgestaltung einer entsprechenden integrierten wirtschaftspolitischen Strategie bisher nicht erkannt oder in hohem Maße umstritten. Insbesondere ist die Frage der Einbeziehung der Umwelt in den Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik völlig offen: Auf welche Weise und mit welcher Konsequenz die "Umweltstabilisierung" als selbständiges wirtschaftspolitisches Ziel neben die "Preisniveaustabilisierung" und "Vollbeschäftigung" treten kann, ist bisher nur von Alternativ-Ökonomen aufgezeigt worden.¹⁴⁾ Die bisherige Umweltpolitik folgt eher einem sektoriellen Ansatz; sie versteht sich als Immissions-, Lärmbekämpfungs- und Abfallbeseitigungspolitik. Insofern ist sie Reparatur, Bremsung oder Verzögerung von wirtschaftlichen Teilprozessen, nicht aber Gestaltung bzw. integrativer Bestandteil der Wirtschaftspolitik.¹⁵⁾

4. Verteilungsprobleme

Neue Bedingungen des Wirtschaftswachstums ergeben sich auch aus alten Fragen; eine davon ist die Verteilungsfrage. Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag, kaum jemand wird behaupten können, daß es bisher gelungen sei, eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen herbeizuführen. Die einem marktwirtschaftlichen System inhärente Akkumulations- und Konzentrationstendenz ist durch eine Reihe von Maßnahmen in Grenzen gehalten worden; doch weder die staatliche Steuer-

politik noch die gewerkschaftliche Lohnpolitik haben die Verteilung nennenswert verbessert. Im Juli 1979 meldete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: "Seit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition vor zehn Jahren hat sich an der Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik im wesentlichen nichts geändert".¹⁶⁾ Sozialerhebungen der letzten Jahre haben darüber hinaus deutlich gemacht, daß auch das Problem der absoluten Armut keineswegs ausgeschaltet ist, sondern in unerwartet großem Maße für bestimmte Gruppen fortbesteht.

Angesichts zu erwartender rückläufiger Wachstumsraten der Wirtschaft wird der latente Verteilungskonflikt daher neu aufbrechen. Die Gründe für diese Vermutung kann man in zwei knappen Sätzen umschreiben: "Wirtschaftswachstum ist ein Substitut für die Forderung nach einer gerechten Einkommensverteilung. Solange die Wirtschaft wächst, besteht Hoffnung; und das läßt große Einkommensunterschiede erträglich erscheinen".¹⁷⁾

Die Wirtschaftspolitik herkömmlicher Art gerät bei niedrigeren Wachstumsraten daher zunehmend in ein Dilemma: eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien ist in Bezug auf die Verteilungsfrage nicht zieladäquat, eine stärkere Betonung interventionistischer Maßnahmen (einschließlich differenzierter Lohnpolitik) ist nicht systemadäquat.

5. Außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Kompensationsmechanismen

Neue Bedingungen des Wirtschaftswachstums können sich auch aus dem Wegfall alter Kompensationsmechanismen ergeben.¹⁸⁾ Die 60er und 70er Jahre waren für die deutsche Wirtschaft mit einem erheblichen Anstieg der Auslandsnachfrage verbunden, konjunkturelle Einbrüche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wurden hierdurch ganz oder teilweise wettgemacht.

Im Gefolge dieser Entwicklung hat die Bundesrepublik einen außerordentlich hohen Grad der Außenverflechtung erreicht, der für die Gesamtwirtschaft je nach Berechnungsmethode bei knapp unter bzw. über 30% des Bruttosozialprodukts, für einzelne Industriezweige gar bei mehr als der Hälfte ihres Gesamtumsatzes liegt. Die (Über-)Kompensierung binnenwirtschaftlicher Absatzprobleme durch die Eroberung von Auslandsmärkten war bezüglich ihrer Effekte bereits in der Vergangenheit ambivalent: dem positiven Beschäftigungseffekt stand aufgrund der Struktur der Handelsbilanz und der Höhe des Handelsvolumens ein negativer Preiseffekt (importierte Inflation) und der Effekt einer zunehmenden Abhängigkeit vom Ausland gegenüber.

Für die Zukunft scheinen sowohl die Möglichkeit als auch die Wünschbarkeit einer weiteren Zunahme der außenwirtschaftlichen Verflechtung zur Diskussion gestellt: Während die importierte Inflation aufgrund unausgeglichener Handelsbilanz einer importierten Inflation aufgrund der Preissteigerung bei einigen Rohstoffen (insbes. Öl) gewichen ist, bringt die Intensivierung des Wettbewerbs von seiten traditioneller wie neuer Industrieländer und die Mobilisierung der eigenen Ressourcen in einigen Entwicklungsländern neue außenwirtschaftliche Bedingungen für die Bundesrepublik mit sich. Zusammen mit diversen ungelösten Problemen des Weltwährungssystems und der Gefahr eines zunehmenden handelspolitischen Protektionismus dürfte dies dazu führen, daß nur solche Sektoren und Regionen der Wirtschaft ein überdurchschnittliches außenwirtschaftliches Wachstum aufweisen werden, deren Produkte und Produktionsprozesse durch hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und ausgeprägte Qualifikationsanforderungen gekennzeichnet sind und daß, umgekehrt, Sektoren und Regionen unter verstärktem Anpassungsdruck geraten werden, in denen diese Bedingungen nicht erfüllt sind. Da dem weiteren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Exportquote also gewisse Grenzen gesetzt sind, erfordert die (Wieder-)

Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts u.a. und vor allem, daß die "Öl-Rechnung" nicht weiter so ansteigt wie in den letzten Jahren. Da ein nationaler Einfluß auf den Importpreis aber kaum gegeben ist, heißt dies wirtschaftspolitisch, endlich ernst zu machen mit der Einsparung des Öls und anderer Rohstoffe und Energieträger.

Während die wachstums- und beschäftigungsmäßige Kompensationsfunktion des Exports von Industrieprodukten in der Zukunft also eingeschränkt erscheint, ist die Kompensationsfunktion der Dienstleistungen binnen- wie auch außenwirtschaftlich eher offen. In der Vergangenheit stand im Bereich der professionellen privaten wie öffentlichen Dienstleistungen einem unterdurchschnittlichen Wachstums- ein überdurchschnittlicher Beschäftigungseffekt gegenüber; der Dienstleistungssektor (Tertiärsektor) und der Industriesektor (Sekundärsektor) waren in diesem Sinne gesamtwirtschaftlich komplementär. Die konkrete Einschätzung der zukünftigen Bedeutsamkeit dieser Kompensationsfunktion der professionellen Dienstleistungen ist in erheblichem Maße abhängig von Prämissen in Bezug auf: Tempo und Struktur des (ungelenkten oder gelenkten) technischen Wandels, den Korridor, den der Staat sich durch Modellösungen (wie flexiblere Arbeitsvertragsarten, beschäftigungsmäßige Aktivierung der Einkommensdifferenzen, Abschaffung und Zweckbindung des Zulagewesens, job-sharing und sonstige Neuregelungen der Arbeitszeitverteilung) schafft - oder sich durch politischen Re-Privatisierungsdruck und Überbetonung des Leistungsprinzips nehmen läßt.

Davon abgesehen, liegt aber in Bezug auf die Bedeutung der Dienstleistungen eine einseitige wirtschaftspolitische Einschätzung vor. Die Professionalisierung und Monetarisierung der Dienstleistungen ('Tertiärer Sektor') steht im Vergleich zur Eigenarbeit (selbstverantwortete Arbeit) und Zusammenarbeit (kooperative Hilfe) eindeutig im Vordergrund der wirt-

schaftspolitischen (insbesondere der staatlichen) Diskussion, so daß die vielfältigen neuen Entwicklungen, die sich in Begriffen wie 'Vierter Sektor', 'Ent-Professionalisierung', 'Dualwirtschaft' niedergeschlagen haben ¹⁹⁾ und den (erneuten) Ausbau des informellen Wirtschaftssektors meinen, in ihrer Bedeutung systematisch unterschätzt werden.

6. Wandel der Präferenzstrukturen

Liegt in diesen Entwicklungen und weiterreichenden Verschiebungen der individuellen und gesellschaftlichen Präferenzen also auch eine weitere 'neue' Bedingung für das zukünftige Wachstum der Wirtschaft? Als Ausschau nach gewandelten objektiven Hemmnisfaktoren verstanden, mag die Suche nach neuen Bedingungen zu früh enden. Wachstum muß nicht nur möglich, es sollte auch wünschenswert sein. Was aber geschieht, wenn auf Basis des schon erreichten materiellen Lebensstandards in den 80er Jahren das, was fehlt oder abhanden gekommen ist, einen höheren Stellenwert erhält, wenn Teile der Gesellschaft - eine "wachsende Minderheit" - sich zunehmend an nicht-materiellen Werten orientieren werden?

Objektiv verliert weiteres Wachstum seinen und Wachstumspolitik ihren Sinn, wenn die realen, umfassend bilanzierten Kosten der (zusätzlichen) Produktion die realen Erträge zu übersteigen beginnen, wenn die 'Folgekosten' größer werden als der Produktionszuwachs; dieser Zustand kann selbst dann schon erreicht sein, wenn das (fehlerhafte) volkswirtschaftliche Rechnungswesen per saldo Wachstum ausweist. Subjektiv verliert weiteres Wachstum seinen Sinn, wenn die zusätzlichen Nutzen, die es stiftet, negativ werden oder wenn der Nutzen, der aus der für zusätzliche Produktion aufgewendeten Arbeit entsteht, den Nutzen aus zusätzlicher Freizeit nicht aufwiegt.

Es ist eine offene Frage, ob und in welchem Maße die deutsche Wirtschaft in den 80er Jahren diese Schwellen der "Rationalität des Wachstums" überschreiten wird. Es gibt

die Behauptung, daß wegen der strukturellen Fehler des betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungswesens (insbesondere nicht gemessene materielle Schäden und immaterielle Verluste) bei niedrigen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts eigentlich schon kein reales Wachstum der Wirtschaft mehr vorliegt. Und es gibt inzwischen Studien, die einen weitreichenden Wertwandel von materiellen zu nicht-materiellen Zielen signalisieren, und es liegen Ergebnisse subjektiver Befragungen vor, nach denen der zusätzliche Nutzen vermehrter Freizeit höher eingeschätzt wird, als der zusätzlichen Einkommens. Insbesondere scheint dabei die Frage nach größerer Zeitsouveränität an Bedeutung zu gewinnen ²¹⁾. Ist die subjektive Bewußtseinslage der von Wirtschaftspolitik Betroffenen also weiter fortgeschritten als die der Wirtschaftspolitiker?

Unabhängig davon, ob und für wen man diese Frage mit ja oder mit nein beantwortet: Zunehmendes Wissen über die materiellen und immateriellen Voraussetzungen und Konsequenzen der Produktion und die allgemeine oder schichtenspezifische Relativierung des Strebens nach zusätzlichem Einkommen können sehr wohl zu grundsätzlich neuen Bedingungen des zukünftigen Wirtschaftswachstums werden. Doch schon heute wäre es ein kardinaler Fehler, würde man die wirtschaftspolitisch angestrebte Steigerung des Bruttosozialprodukts mit einer Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung gleichsetzen wollen. ²²⁾

7. Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik - ein Fazit

Als Fazit aus dem bisher Gesagten ließe sich u.a. festhalten: Es sind eine Reihe von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandlungen eingetreten, die sich als grundsätzlich neue Bedingungen des Wirtschaftswachstums interpretieren lassen. Während die Erfahrungen seit Mitte der 60er Jahre bereits zeigten, daß sich mit wirtschaftlichem

Wachstum allein bestimmte Strukturprobleme nicht lösen, sind ab Mitte der 70er Jahre neue Bedingungen in Erscheinung getreten, die das Wachstum der Wirtschaft tangieren: die Erfahrung, daß quantitatives Wachstum auch Existenzgrundlagen gefährden kann ("Beschäftigungsproblem",²³) "Technologieproblem"), die Erkenntnis, daß bestimmte Produktionsfaktoren nicht nur relativ sondern absolut knapp zu werden beginnen ("Rohstoffproblem") und gewisse Belastungskapazitäten überschritten werden ("Umweltproblem", "Intensivierung der Arbeit"), die Vermutung, daß rasch steigenden Grenzkosten der Produktion sinkende Grenzerträge gegenüberstehen ("Wohlfahrtsproblem") und die Einsicht, daß Wachstum an sich keine Garantie für die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung ("Verteilungsproblem") bietet. Diese Erfahrungen, Einsichten und Vermutungen stellen zweifelsohne eine massive Herausforderung für Art und Ausformung des Wirtschaftswachstums und für die das Wachstum fördernde und begleitende Wirtschaftspolitik dar. Diese Herausforderung annehmen, heißt nachzudenken über neue ökonomische Konzepte und möglicherweise über ein alternatives Paradigma, das neue Ziele und Erfolgskriterien benennt, an denen wirtschaftliche Entscheidungen zu messen sind und neue Instrumente bereitstellt, mit denen diese Ziele angestrebt werden können - oder heißt doch zumindest nachzudenken über eine (weitere) Anpassung der bisherigen ökonomischen Konzepte.

III. Neue Bedingungen des Wachstums und die wirtschaftspolitische Strategiediskussion

In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen liegt es nahe, daß das herkömmliche ökonomische Wissen attackiert und für seine Unfähigkeit kritisiert wird, einen angemessenen analytischen Rahmen für die Diagnose der Probleme zu liefern und die Formulierung adäquater Kriterien,

Ziele und Maßnahmen zu besorgen. In der Annahme, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik genügend Anlaß zu dieser Art von Kritik liefert, soll im folgenden gefragt werden, welche Impulse aus der Erfahrung mit dem bisherigen Wachstum der Wirtschaft und aus den Erkenntnissen und Vermutungen in Bezug auf dessen Unzulänglichkeiten auf die wirtschaftspolitische Strategiediskussion ausgegangen sind. Diese Frage kann hier natürlich nur in geraffter Form und in groben Zügen beantwortet werden.²⁴⁾

Da diese Impulse auf die in der Strategiediskussion vertretenen Positionen jeweils unterschiedlich waren und sind, erscheint es auch sinnvoll, diese Positionen nach Gruppen getrennt zu betrachten - wobei es sich allerdings lediglich um die Pole handelt, um die herum bzw. zwischen denen sich die vielfältigen Einzelpositionen einordnen lassen. Dies gilt nicht nur für die akademische, sondern auch für die praktische Wirtschaftspolitik, wobei die unterschiedliche Einschätzung der Funktionsfähigkeit des Marktsystems ein Kriterium für die Zuordnung zu den einzelnen Polen liefert. Eine erste Gruppe bildet die professionsinterne, inner-ökonomische Diskussion, die von zwei Denk-Richtungen, der neoklassischen und der (neo-)keynesianischen, dominiert wird - neben weiteren Positionen, die sich mit Neo-Ricardanismus, Neo-Marxismus, Neue Politische Ökonomie, Institutionalismus umschreiben lassen.²⁵⁾ Als Voreinschätzung läßt sich sagen, daß beiden dominierende Denkrichtungen der professionellen Ökonomie in der seit Jahren anhaltenden Beschäftigungskrise eigentlich keine absolute Zäsur der zukünftigen Wachstumsbedingungen oder für eine fundamentale Verschiebung der Bedürfnisstrukturen erblicken. Wachstum ist ihnen der entscheidende Ansatz zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung und zur Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung; Sättigungserscheinungen werden bestenfalls partiell konstatiert. Erhebliche Unterschiede bestehen dagegen in der Analyse der Krisenursachen und in den Empfehlungen für konkrete Maßnahmen einer wirksamen Wirtschaftspolitik.

Demgegenüber vertreten verschiedene wachstumskritische Strömungen innerhalb und (vor allem) außerhalb der Zunft der professionellen Ökonomen den Standpunkt, daß die aktuelle wirtschaftliche Problemkonstellation Anzeichen für tiefgreifende Fehlorientierungen der modernen Wachstumsgesellschaft liefert. Entsprechend wird ein neuer Produktions-, Konsum- und Lebensstil postuliert, in dem das Wachstum seine Funktion verliert bzw. eine wesentlich andere, eher abgeleitete Funktion erhält; die herkömmlichen Erfolgskriterien und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik werden als nicht mehr tragfähig angesehen, neue Formen der Arbeitsmarkt- und Energie- und Technologiepolitik werden als erforderlich erachtet, die wiederum einen Wandel der Aufgabenstellung von Staat, privaten Haushalten und Unternehmen, des Einzelnen und der Gesellschaft, voraussetzen. Diese Kritik ist dabei gelegentlich in dem Sinne fundamental, als nicht nur die Wahl falscher Mittel kritisiert wird, die die Lösung der Probleme verhindern; kritisiert wird auch die Wahl der "falschen Ziele", in dem Sinne, daß die Gesellschaft sich mit der Lösung der falschen Probleme befaßt.²⁶⁾

1. Marktpolitik neoklassischer Provenienz

Noch bis Anfang der 70er Jahre wurde in der Bundesrepublik die wirtschaftspolitische Willensbildung von keynesianischem Denken geprägt. Die rasche Überwindung der 67er Rezession war wesentlich der keynesianischen anti-zyklischen Fiskalpolitik zugeschrieben worden. Mit den in den 70er Jahren deutlicher werdenden Schwächen der Globalsteuerung bei der Bekämpfung der sich beschleunigenden Inflation und Arbeitslosigkeit erlebte jedoch das neoklassische Denken eine unerwartet kräftige Renaissance,²⁷⁾ was sich u.a. im wirtschaftspolitischen Bedeutungsgewinn des Monetarismus, der Kritik am staatlichen Interventionismus, der Re-Privatisierungsdebatte, der Kritik an der

öffentlichen Schuldenpolitik und auch in der These von der Finanzkrise des Steuerstaates äußerte.

Im Mittelpunkt der neoklassischen Position (die ihrerseits unterschiedliche Facetten aufweist) steht eine Marktpolitik, die zur Freisetzung der Antriebskräfte des Marktes und damit zur Dynamisierung des privatwirtschaftlichen Systems führen soll. Der 'Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung' und andere Vertreter dieser Position lokalisieren die Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in gestörten Angebotsbedingungen. Sie sehen diese vor allem beeinträchtigt durch: expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Beanspruchung einer hohen Quote der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen von Seiten des Staates, ein Steuersystem, das die investive Einkommensverwendung nicht ausreichend begünstigt, durch die Überlagerung des privatwirtschaftlichen Sektors mit staatlichen Regulierungen, durch gerichtliche Blockierung von Großprojekten, was die vorhandene Investitionszurückhaltung (den 'Attentismus' der Unternehmer) weiter verstärkte, sowie allgemein durch eine weitreichende Infragestellung der ordnungspolitischen Prinzipien der Marktwirtschaft.

In der wirtschaftspolitischen Strategiediskussion gerät dem neoklassischen Grundkonzept zufolge der Investitions-Profit-Mechanismus in den Vordergrund des Interesses ²⁸⁾: durch eine betont zurückhaltende Lohnpolitik und entsprechende Begünstigung der Gewinneinkommen, durch Verzicht des Staates auf Ausweitung seiner Ressourcenquote, durch ein leistungsmotivierendes Steuersystem, den Abbau fallweiser staatlicher Interventionen und durch Schaffung eines allgemein wachstumsfreundlichen Klimas soll die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation erreicht werden.

Ein Bedarf an stärker gestaltenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne einer aktiven staatlichen Strukturpolitik, wird dagegen in aller Regel verneint, mit dem Argument, daß einerseits der Staat nicht über die notwendigen Informationen verfüge und andererseits der Markt das beste Mittel zur Abwicklung eventuell erforderlicher Strukturwandlungen sei. Auch die negativen Folgen bzw. Voraussetzungen des Wachstums (das "Umwelt-, Verteilungs-, und Technologieproblem") sind für die Vertreter der neoklassischen Position in aller Regel kein Grund für eine kritischere Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus, sondern eher Hinweis auf eine nicht ausreichende Beachtung der Rahmenbedingungen der Wirtschaftstätigkeit.

In Bezug auf die von neoklassischen Ökonomen unterstellte oder vermutete Wirksamkeit der vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Strategie lassen sich eine Fülle von kritischen Argumenten vorbringen. Um die konservativste Variante der neoklassischen Position - mit ihrer Bejahung der vollen Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft - zu charakterisieren, ist der Begriff "Selbstneutralisierung der Wirtschaftspolitik" geprägt worden.²⁹⁾ Gegen die behauptete Wirksamkeit staatlicher Begünstigung der Gewinneinkommen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung läßt sich - von verteilungspolitischen Argumenten abgesehen - einwenden, daß zunehmende Profite nicht automatisch zu steigenden Investitionen führen und daß auch der Zusammenhang zwischen vermehrter Investition und zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften eben nicht eindeutig ist.³⁰⁾ Es ist insofern ein Fehler der meisten wirtschaftspolitischen Diagnosen, zu sehr den Mechanismus der Anhebung der Profite als Voraussetzung für eine Investitionstätigkeit zu betonen, und dies vor allem aus folgendem Grund: Erweiterungsinvestitionen - worauf die unterstellte Ziel-Mittel-Relation von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung durch Profitbegünstigung baut - müssen

nicht der Normalfall unternehmerischen Investitionsverhaltens sein. Wenn längerfristige Absatzchancen als unsicher gelten, wird Rationalisierung im Sinne der Substitution von Arbeit durch Kapital zum dominierenden Investitionstypus, Profitsicherung wird innerbetrieblich nicht über Mengenausweitung, sondern über (relative bzw. absolute) Lohnkostensenkung betrieben. Der Staat als Träger der Wirtschaftspolitik gerät dann in das Dilemma, daß die Mittel, die er (indirekt oder direkt) zur Investitionsförderung bereitstellt, kontraproduktiv wirken, d.h. nicht zur Lösung, sondern möglicherweise zur Verschärfung des "Beschäftigungsproblems" beitragen. Gegen die Vorstellung, das "Umwelt- und das Rohstoffproblem" allein über den Marktmechanismus lösen zu wollen, wird vorzubringen sein, daß die erforderliche Veränderung der Rahmenbedingungen des Marktes ("Internalisierung der externen Effekte", "Einführung von Knappheitspreisen") entweder nicht durchsetzbar und/oder daß die entsprechenden Marktergebnisse (wie etwa die der Ölpreissteigerung) sozial und verteilungsmäßig nicht neutral sind (und staatliche Wirtschaftspolitik insofern zu einer indirekten Unterstützung der Umweltverschmutzer, der Rohstoffproduzenten und -distributeure führen würde).³¹⁾

Ungeachtet dieser (und weiterer) Kritikpunkte hat die neoklassische Denkrichtung einen erheblichen Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik erhalten und aus dem Kreis der professionellen Ökonomen (im Inland wie im Ausland) eher Zulauf als Abwanderung zu verzeichnen.

2. Keynesianische Strategien einer aktiven Steuerung des Wirtschaftsablaufs

Während die Nachfragesteuerung im Rahmen der neoklassischen Strategie zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung keine oder bestenfalls eine ergänzende Rolle spielt, folgt die Bedeutung der Nachfragesteuerung im (neo-)keynesianischen Konzept aus der grundsätzlichen Überzeugung, daß das markt-

wirtschaftliche System zur Instabilität tendiert, wodurch länger andauernde Arbeitslosigkeit möglich wird, ohne daß in ausreichendem Maße gegenwirkende "Selbsteilungskräfte des Marktes" mobilisiert werden. Zur Sicherung der Beschäftigung ist folglich eine permanente staatliche Steuerung des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erforderlich. Für die (neo-)keynesianische Position sind insofern einzel- und gesamtwirtschaftliche Kalküle, Privatwirtschaft und wirtschaftlich tätiger Staat, notwendige, sich ergänzende Bestandteile des Wirtschaftssystems.³²⁾

In Bezug auf die Überwindung der vorliegenden wirtschaftlichen Problemkonstellation stellen auch (neo-)keynesianische Strategien ab auf die Beschleunigung des Wachstums. Im Unterschied zur neoklassischen Position konzentriert sich die Ursachenerklärung jedoch auf die mangelnde Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und der Maßnahmenvorschlag auf die Anhebung der Massenkaufkraft, mit Hilfe aktiver Lohnpolitik, bedarfs- und beschäftigungsorientierter Haushalts- und Subventionspolitik, beschäftigungspolitischen Auflagen bei Großaufträgen und expansiver Einstellungspolitik des Staates, d.h. letztlich eines weiteren Ausbaus der ökonomischen Funktionen des Staates. Entsprechend geht die Kritik an der praktizierten staatlichen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik dahin, daß, gemessen an den Erfordernissen, die durchgeführten Maßnahmen und Ankurbelungsprogramme als zu gering dimensioniert bezeichnet werden bzw. daß von der antizyklischen Fiskalpolitik nur unzureichende Expansionseffekte ausgegangen seien. Diese Dimensionsthese wird zugleich auf das staatskritische Klima im Gefolge der "neoklassischen Renaissance" zurückgeführt.

Neben der Betonung der Notwendigkeit der Ausweitung der privaten und staatlichen Nachfrage und der Forderung nach expansiver Einstellungspolitik des Staates haben praktisch alle neo-keynesianisch geprägten Strategievorschläge, die

in den letzten Jahren in der Bundesrepublik vorgebracht worden sind, allerdings ein starkes "zweites Bein" erhalten³³⁾: die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, wobei deren Ausgestaltung zugleich umstritten ist (phasenweise oder altersspezifische Durchführung, Normierung der 40-Stunden-Woche in der Arbeitszeitverordnung, Zuschlagspflicht für Überstunden, etc.).

Da die Neo-Keynesianer von der Notwendigkeit zur Ergänzung des privatwirtschaftlichen Entscheidungskalküls um gesamtwirtschaftliche Kriterien ausgehen, sind sie auch zunehmend unbefangen, konkrete Bedarfsfelder anzugeben, auf die hin staatliche Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein sollte (Wohnungsbau und Stadtsanierung, Energie- und Wärmeinsparung, Gesundheitswesen, Sozialarbeit, etc.). Der normativ-regulative Charakter der im Rahmen dezidiert keynesianischer Strategien vorgeschlagener Programme ist gelegentlich stark ausgeprägt und assoziiert sie in mancher Weise mit eher wachstumskritischen Positionen³⁴⁾, auf die ich im folgenden Abschnitt eingehen werde.

Trotz der oben genannten strukturpolitischen Ergänzungen, die die keynesianischen, nachfrageorientierten Grundpositionen in den letzten Jahren vollzogen haben, lassen sich auch im Hinblick auf die unterstellte und vermutete Wirksamkeit entsprechender Programme angesichts der vorliegenden Problemkonstellation eine Reihe von Gegenargumenten vorbringen. Ein Argument besteht darin, daß die Wirkungen einer Expansionspolitik auf inflatorische Prozesse unterschätzt werden³⁵⁾, ein anderes, daß der globale Ansatz in keynesianisch inspirierten Strategien nach wie vor dominant ist und daß damit die in der konkreten Struktur des induzierten Investitionsvolumens liegenden und daraus folgenden Beschäftigungs- bzw. Freisetzungseffekte zu wenig beachtet

werden, daß der Umwelteffekt, aber auch der Verteilungseffekt zusätzlicher Nachfrage bei unveränderter Produktionsstruktur negativ sein wird. Globalsteuerung ist weder in der Lage, die Struktur der Zielgrößen (Wachstum, Beschäftigung) ausreichend zu bestimmen, noch die negativen Effekte der betreffenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinreichend zu kontrollieren (als jüngstes Beispiel seien nur die nahezu katastrophalen Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik auf die Bauproduktion genannt). Insbesondere wird die Möglichkeit, durch Anhebung der Massenkaufkraft Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zugleich zu erreichen, angezweifelt.³⁶⁾ Aus unternehmerischer Sicht sind Erweiterungsinvestitionen nur sinnvoll, wenn eine dauerhafte Steigerung der Nachfrage zu erwarten ist; staatlich gestützter Nachfrage fehlt diese Sicherheit. Konjunkturpolitik ist kurzfristige Politik, mit dem Effekt, daß die (kurze) Zeit der Mehrnachfrage intensiv (durch Preisanhebung) und nicht extensiv (durch Mengenausweitung) genutzt wird. Insofern verliert die Ausweitung der Produktionsmenge als strategische Variable für die Unternehmen relativ an Bedeutung, der Preis wird primärer Ansatzpunkt der Profitsicherung. Keynesianische Wirtschaftspolitik gerät angesichts vermachteter Märkte daher in ein Dilemma: die staatliche Hebung der Massenkaufkraft fördert kontraproduktive unternehmerische Abwehrreaktionen (Preisanhebung, Produktionsverweigerung), da sie den Unternehmen als eine Bevorzugung der Lohneinkommen erscheint - und hierfür liefern die staatlichen Maßnahmen auch noch den finanziellen Spielraum.

Es ist daher fraglich, ob die bisher ausgearbeiteten Versionen neo-keynesianischer Wirtschaftspolitik bereits eine tragfähige Grundlage für die langfristige Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme liefern können. Ohne weitere Strukturierung der Ziele, Instrumente und Institutionen

bleibt keynesianische Politik unvollkommen und lückenhaft,³⁷⁾ ganz abgesehen von den Chancen ihrer praktischen Verwirklichung. Weitere Strukturierung aber löst letztlich das keynesianische Paradigma weiter auf, indirekte und globale Politik der Nachfragesteuerung in einem marktwirtschaftlichen System zu sein.

Insgesamt gesehen haben in einem marktwirtschaftlichen System und angesichts der vorliegenden wirtschaftlichen Problemkonstellation sowohl die Marktpolitik neoklassischer Provenienz als auch die keynesianische Politik der aktiven Wirtschaftssteuerung ihre je spezifischen Schwächen und Defizite. Aus dem ersteren Grundkonzept folgt - kurz gefaßt - die Notwendigkeit der Profitsicherung, wozu Lohninteressen in den Hintergrund geraten; aus dem zweitgenannten Grundkonzept folgt - kurz gefaßt - die Notwendigkeit der Lohnsicherung, wozu Kapitalinteressen in den Hintergrund geraten, die zu unternehmerischen Abwehrreaktionen führen.

Beiden Grundkonzeptionen ist eine hohe Präferenz für Wirtschaftswachstum gemeinsam, während Beschäftigung und Preisniveaustabilität eine jeweils unterschiedliche Priorität erhalten. Beiden Grundpositionen fehlt es dagegen weitgehend an einer Sensibilisierung in Bezug auf die Probleme der natürlichen und sozialen Umwelt. (Das jüngst erschienene Memorandum '80 muß man allerdings aus dieser Kritik zum Teil ausnehmen). Vor allem aufgrund dieses vermuteten oder tatsächlichen Defizits von Theorie und Praxis der traditionellen Wirtschaftspolitik, ist eine weitere, in sich allerdings sehr heterogene, Grundposition entstanden, die in der wirtschaftspolitischen Strategiediskussion zunehmend an Boden gewinnt und der ich mich im folgenden Abschnitt zuwende.

3. Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspolitischer Strategien

Für verschiedene kritische Strömungen in der wirtschaftspolitischen Strategiedebatte der Bundesrepublik ist die gegenwärtige wirtschaftliche Problemkonstellation Anzeichen für einen fundamentalen Umstellungsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaft, der nicht allein auf konjunkturelle Ursachen oder leicht behebbare strukturelle Störungen zurückzuführen ist - und der deshalb auch eine andere, alternative Wirtschaftspolitik erfordert. Die Palette der inzwischen entwickelten wirtschaftspolitischen Positionen reicht von der Forderung nach "Nullwachstum" über verschiedene Konzepte normativ-bestimmten "Qualitativen Wachstums" bis zu Vorschlägen für einen "Neuen Lebensstil".³⁸⁾

Die Kritik setzt an bei der Infragestellung traditioneller Begriffe (wie Produktivität), Ziele (wie Vollbeschäftigung, Wachstum) und Ziel-Mittel-Relationen der Ökonomie, bezieht deren Spezialisierung und Enthumanisierung ein und reicht bis zur Forderung nach grundsätzlich anderen Verhaltensweisen und neuen Aufgabestellungen der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Akteure. Einige dieser Kritikpunkte und einige Aspekte der daraus entwickelten alternativen Strategien³⁹⁾ sollen im folgenden betrachtet werden.

a. Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftswachstums und Neubestimmung der wirtschaftspolitischen Ziele

Die allgemeine Wachstumskritik, die zu Beginn der 70er Jahre einsetzte, hat aufgrund unterschiedlich differenzierter Analyse zu zwei sich voneinander abhebenden strategischen Positionen geführt: "Nullwachstum" oder "Qualitatives Wachstum", wobei jedoch bei beiden wesentliche Voraussetzungen der überkommenen Produktions- und Konsumweise in Frage gestellt werden. Ein (weltweit) exponentiell ansteigendes materielles Produktionsvolumen steht im Widerspruch zur absoluten Verknappung von (bestimmten) Energieträgern

und Rohstoffen und einer nur begrenzten Assimilationskapazität der natürlichen Umwelt. Eine Anhebung des materiellen Produktionsniveaus in Ländern der Dritten Welt auf das in Ländern der Ersten und Zweiten Welt - das der "unterentwickelten" auf das der "überentwickelten" Regionen - erscheint ausgeschlossen, weil die dafür erforderlichen Rohstoffe und Energieträger nicht verfügbar sind, oder weil ein entsprechendes Produktionsniveau die Überlastung bzw. den Zusammenbruch der ökologischen Systeme zur Folge hätte. Aus dieser Zukunftsperspektive eines möglichen Kampfes um Rohstoffe einerseits und einer Umweltkatastrophe andererseits entsteht - bei Annahme einer nur geringen Anpassungsfähigkeit oder Anpassungsbereitschaft der modernen Wachstumsgesellschaft - für eine Gruppe von Ökonomen die Forderung nach "Nullwachstum" in den hochentwickelten (überentwickelten) Ländern und Regionen, d.h. letztlich der Ausschaltung bzw. Umgestaltung der Mechanismen, die zu einer weiteren Expansion des Gesamtniveaus der materiellen Produktion führen.⁴⁰⁾

Im Vergleich zu dieser Position hat die des "Qualitativen Wachstums" breitere Zustimmung gefunden und als Begriff auch Einzug in die offizielle Wirtschaftspolitik gehalten. Eine Ursache für diese große Resonanz ist die Unbestimmtheit des Begriffs; letztlich mag jeder etwas anderes darunter verstehen. Umgekehrt betrachtet: die allgemeine Akzeptanz des Begriffs schwindet mit seiner Konkretisierung. Diese Konkretisierung reicht von der Vorstellung, "Qualitatives Wachstum" als Wachstum der Produktion mit (marginal bis maximal) verringertem Energieeinsatz je Produkteinheit zu definieren, bis zu der Vorstellung, daß "Qualitatives Wachstum" nur immateriell formuliert werden könne.⁴¹⁾

Ein Ansatzpunkt der Diskussion um qualitatives Wachstum war die Kritik am herkömmlichen Wachstumsbegriff⁴²⁾, der die Zunahme der Summe der marktgängigen Güter und Dienst-

leistungen (Bruttosozialprodukt) meint und eine Identität bzw. Parallelentwicklung von derart definiertem Wirtschaftswachstum und Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung unterstellt. Die Kritik hat nachgewiesen, daß unter den gegebenen Bedingungen gemessenes Wirtschaftswachstum nicht qualitatives Wachstum sein kann, daß der wirtschaftliche Erfolg bisher anhand fragwürdiger Indikatoren ⁴³⁾ gemessen wird, weil das herkömmliche betriebswirtschaftliche und das volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig sind und fehlerhafte Bewertungen beinhalten. Aus dieser Kritik heraus sind Kriterien für ein qualitatives Wachstum entwickelt worden, die neben das als zu eng erkannte bisherige Wirtschaftlichkeitskriterium auch Kriterien der "Umweltverträglichkeit", der "Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit", der "Verteilungsgerechtigkeit" treten lassen. Durch eine derart erweiterte Verträglichkeitsprüfung würde der Wachstumsprozeß qualitativ bestimmt, die resultierende Zunahme des Sozialprodukts ließe sich als qualitativ bezeichnen; es würde in einer anderen Richtung gehen, anders als bisher strukturiert sein und vornehmlich auch anderen sozialen Gruppen zukommen.

Für die verschiedenen wirtschaftlichen Entscheidungsebenen sind dazu inzwischen entsprechende Meßkonzepte entwickelt worden: die "Ökobilanz" (ökologische Buchhaltung) ⁴⁴⁾, die "Sozialbilanz" und die "Humanbilanz" auf der betrieblich-institutionellen Ebene und die "Wohlfahrtsbilanz" (Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Ergänzung durch Sozialindikatoren) auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Die breite Einführung dieser neuen Bilanzierungsmethoden (über deren konkrete Ausgestaltung allerdings ein Konsens nicht leicht zu erzielen sein wird) setzt den Markt als Entscheidungssystem nicht außer Kraft, qualifiziert ihn und seine Ergebnisse jedoch, je nach Ausgestaltung, von "geringfügig bis eingreifend". Sie bieten unternehmensinterne bzw. gesamtwirtschaftliche Entscheidungs-

hilfen, stellen Informationen für die Öffentlichkeit bereit und liefern damit Ansätze zur Bestimmung und Förderung eines qualitativen Wachstums der Wirtschaft, im Sinne des wirtschaftspolitischen Imperativs: "Entscheiden - was wachsen soll". Eine Wirtschaftspolitik, die sich dem qualitativen Wachstum verschreibt, setzt (mindestens) die Anwendung solcher neuen Meßkonzepte voraus, weil andernfalls die Zielgrößen zu unbestimmt und die Wirkungen der Maßnahmen zu unbekannt bleiben.

Strategien qualitativen Wachstums lassen sich auch auf andere, näherliegende Weise bestimmen. Ausgehend von der Auffassung, daß eine Lösung der heutigen Wirtschaftsprobleme grundsätzliche Veränderungen im Wertsystem der Gesellschaft voraussetzt, die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen aber bisher von keiner ökonomischen Theorie und keiner Regierung als explizite Zielsetzung der Wirtschaftspolitik begriffen wird, ist die Forderung nach einer Neuformulierung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges der Wirtschaftspolitik entstanden, im Sinne seiner Ergänzung durch das Ziel 'Umweltstabilisierung' ⁴⁵⁾. Da bei flexiblen Wechselkursen der Ausgleich der Zahlungsbilanz kein eigenständiges Ziel der Wirtschaftspolitik mehr sein kann, könnte der freiwerdende Eckpunkt des sog. "magischen Dreiecks" (bzw. Vierecks) durch ein neues Ziel besetzt werden, zumal "...das weitere Wachstum des Sozialprodukts nur unter der Bedingung sinnvoll (ist), daß der Verbrauch nicht-regenerierbarer und nicht-regenerierter Ressourcen eingeschränkt, die Abfallerzeugung vermindert und die weitere 'Sterilisierung' des Bodens durch zusätzliche Überbauungen reduziert wird". ⁴⁶⁾ Der Harmonisierung von Umweltstabilität, Vollbeschäftigung und Preisstabilität müßte dann das besondere Interesse der staatlichen Wirtschaftspolitik gelten, wozu zugleich eine Erweiterung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums erforderlich wird.

b. Neubestimmung wirtschaftspolitischer Mittel und Neubewertung von Ziel-Mittel-Beziehungen

Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspolitischer Strategien liegen also nicht nur in der Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftswachstums, der stärkeren Qualifizierung der Ziele bzw. der Ergänzung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges, sondern auch in der Neubestimmung wirtschaftspolitischer Mittel und in der Neubewertung bestimmter Ziel-Mittel-Beziehungen. Zwei Faktoren scheinen dazu von besonderer Bedeutung zu sein: Arbeit und Technologie - und zwei Politikbereiche erhalten ein besonderes Gewicht: Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik.

Kaum ein gesellschaftliches Problem hat in den letzten Jahren eine derart umfassende Neubewertung erfahren wie die technologische Entwicklung; kaum ein Begriff findet unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in jüngster Zeit ein solches Interesse wie die Arbeitszeit. Die Diskussion über Voraussetzungen und Konsequenzen, Chancen und Risiken moderner technischer Entwicklungen ist nicht bei bloßer Kritik stehen geblieben, sondern zu durchaus konkreten Vorschlägen über notwendige Reformen in der Steuerung des technischen Wandels und dadurch angeregte Richtungsänderungen im Sinne besser angepasster Technologie gelangt.⁴⁷⁾ Die Wirkungen des technischen Wandels auf die verschiedenen Dimensionen der individuellen Lebensqualität und die gesamtwirtschaftlichen Ziele sollten systematisch ermittelt, bewertet und mit den potentiellen privatwirtschaftlichen Vorteilen verglichen werden, bevor eine Entscheidung über die Genehmigung, über Förderungsmaßnahmen oder Vorgabe bestimmter Rahmenbedingungen gefällt wird. Es gibt zwar bisher noch kein allgemein akzeptiertes Modell des "Technology Assessment" (der Technologiefolgen-Abschätzung), aber eine Fülle von Vorschlägen und Erfahrungsberichten zu ihrer konkreten Ausgestaltung und Institu-

tionalisierung in der staatlichen Verwaltung und außerhalb.

In dem Rahmen dieser konzeptionellen Überlegungen zur Anpassung der technologischen Entwicklung an geänderte wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen stehen die energiepolitischen Vorschläge, die in die Richtung gehen, den Energieeinsatz zu einer strategischen Variablen der Wirtschaftssteuerung zu machen, d.h. entweder durch "Stabilisierung des Energieeinsatzes" (Nullwachstum des Energieverbrauchs) oder, weniger drastisch, durch zügige "Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum"⁴⁸, durch Senkung des Koeffizienten, der die Relation von Energieeinsatz (als Mittel) und Bruttosozialprodukt (als Ziel) beschreibt, das Wirtschaftswachstum energetisch zu reinigen und damit zu qualifizieren. Es bleibt allerdings noch viel theoretische und praktische Überzeugungsarbeit zu leisten in Bezug auf diese "Instrumentalisierung der technologischen Entwicklung" zwecks Harmonisierung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges der Wirtschaftspolitik.

Ähnlich kontrovers wie z.B. die Debatte über den Beschäftigungseffekt neuer technologischer Entwicklungen, ist die Debatte um die stärkere wirtschaftspolitische Aktivierung der Arbeitszeit. Neben (und verbunden mit) der Forderung nach einem Recht auf menschenwürdige Arbeit, das begründet ist in der Tatsache, daß die Arbeitsbedingungen nicht nur die Entfaltung der Persönlichkeit und die berufliche Situation, sondern auch das Familienleben, das Freizeitverhalten, die Bildungschancen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insgesamt beeinflussen, sind zahlreiche Vorschläge zu einer arbeitszeitelastischen, eine relative Reduzierung des Arbeitsangebotes bewirkenden Strategie entstanden. Die Höhe des positiven Beschäftigungseffekts zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung ist allerdings heftig umstritten. Er hängt erheblich ab von der konkreten Form der Arbeitszeitverkürzung, der tatsächlichen Flexibilität der Betriebsstrukturen, dem Zeithorizont, der bei der Ein-

schätzung gewählt wird - und natürlich den Realisierungschancen der Vorschläge, die wiederum von der formellen Zuständigkeit bedingt sind und von politischem Durchsetzungswillen abhängen.⁴⁹⁾ Man kann sagen, daß der positive Beschäftigungseffekt arbeitszeitverkürzender Maßnahmen als umso geringer eingeschätzt wird, je stärker man einer Lösung der anstehenden Probleme durch schnelleres Wirtschaftswachstum anhängt - und umgekehrt, daß sie mit zunehmendem Wachstumsskeptizismus größeres Gewicht erhalten.

Es fehlt hier der Raum, auf die verschiedenen Vorschläge näher einzugehen. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß die Diskussion um reduzierte Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeiten, um zusätzlichen Langzeiturlaub, Freisemester oder Sabbatjahre und die daraus entstehenden oder erwarteten neuen Arbeitsplätze zunächst ein quantitatives Argumentieren bleibt und die Möglichkeiten auch nicht ausschöpft. Manchen Kritikern erscheinen solche Vorschläge daher als zu einfalllos, wenn die Reform des "Lebensbereichs Arbeiten", die "Neuformulierung der Arbeit" wirklich in Gang kommen soll: "Die Wachstumskrise wird sich an der Arbeit der Menschen offenbaren. Nicht nur am Arbeitsplatzproblem, sondern am Sinn des Tätigseins wird die als bloß ökonomische Strukturkrise dieser Jahre verstandene Zeitenwende überwunden werden". Und: "Die Zukunft der Arbeit - das ist auch die Zukunft der ökologischen Bewältigung der Industriekrise; die Zukunft der Arbeit, darin liegt auch die Chance, die tiefe Sinnkrise, vor die sich die Industriemenschen gestellt sehen, kathartisch zu nutzen".⁵⁰⁾

IV. Ausblick

Eines sollte nach dieser kurzen Betrachtung deutlich geworden sein: Angesichts der vorhandenen wirtschaftlichen Problemkonstellation und der sich abzeichnenden neuen Bedingungen des Wirtschaftswachstums, wie sie hier beschrie-

ben wurden, reicht herkömmliche wirtschaftspolitische Weisheit nicht mehr aus. Es bedarf erheblicher intellektuell-konzeptioneller und praktisch-politischer Anstrengungen in Richtung einer alternativen, neue Ziele, neue Instrumente und neue Institutionen einschließenden Wirtschaftspolitik. Wenn man die Defizite der neoklassischen Position überwinden und die Schwächen der neo-keynesianischen Position beseitigen will, dann ist "Rückkehr zur reinen Lehre" allemal die falsche Medizin. Es reicht auch nicht aus, darauf zu verweisen, daß weder die eine noch die andere Strategie im wirtschaftspolitischen Alltag in reiner Form praktiziert worden sei und daß man die Möglichkeit dazu erst einmal schaffen müsse. Die wirtschaftliche Problemkonstellation ist zu komplex, als daß die herkömmlichen Antworten darauf noch überzeugen könnten; sie erfordert ein viel höheres Maß an geistiger Beweglichkeit, an Bereitschaft und Fähigkeit zum praktischen Experiment, als dies bisher zu beobachten ist. Eine Wirtschaftspolitik à la Marktpolitik oder Geld- und Fiskalpolitik traditioneller Art ist angesichts neuartiger Probleme eigentlich passé, oder sollte es doch sein. Eine Wirtschaftspolitik entlang eines starren theoretischen Gerüsts scheitert an vielen praktischen Gründen, was Rückwirkungen auf die Theorie haben müßte. Die stärkere Öffnung der ökonomischen Theorie gegenüber dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext scheint (erneut) dringend erforderlich und dabei wird es notwendig sein, "...zu der fundamentalen Einsicht vorzustoßen, daß die wirklich dringenden Probleme nicht mehr - wenn sie es je gewesen sind - rein ökonomische oder rein politische, sondern interdisziplinäre Probleme sind"⁵¹⁾.

Damit steht aber auch den Ökonomen selbst eine ernsthafte Prüfung bevor. Wer nicht in breitgetretenen Bahnen verbleiben und den wirtschaftspolitischen Status Quo um seiner selbst willen verteidigen will, darf sich nicht vor einer

Auseinandersetzung mit den vielfältigen alternativen Konzepten und Programmvorschlägen drücken, selbst wenn ihm diese im Einzelfall als widersprüchlich erscheinen sollten. Doch wie sagte ein bekannter Kritiker des ökonomischen Dogmatismus - vor nunmehr bereits einem Jahrzehnt, aber mit bleibender Aktualität: "Most economists master only one set of ideas in a lifetime".⁵²⁾

Anmerkungen

- 1) K.W. Kapp: Social Costs, Neo-classical Economics, Environmental Planning: A Reply, in: Social Science Information, 11 (1), 1972, S. 18 (meine Übersetzung).
- 2) Vgl. hierzu R. Kuda: Langfristige Entwicklungstendenzen von Produktion und Beschäftigung, in: K.G. Zinn (Hrsg.): Strategien gegen die Arbeitslosigkeit, Frankfurt, Köln 1977, S. 79-103.
- 3) Vgl. G. Vobruba: Recht auf Arbeit? in: Technologie und Politik, 15, 1980, S. 126-145.
- 4) Diese mögliche Perspektive hatte ein Theoretiker des letzten Jahrhunderts so beschrieben: "Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeitsbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung". K. Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW 23, Berlin 1968, S. 660. Ein Theoretiker unserer Tage hat die Forderung nach einer modernen Theorie der industriellen Reservearmee wie folgt begründet: "Es gibt nicht nur eine, sondern zwei Trennungslinien in der Gesellschaft: die erste trennt diejenigen, die Arbeit haben von denjenigen, die keine haben; die zweite verläuft zwischen denen, die eine interessante, schöpferische Arbeit ausüben und denen, für die die Arbeit nur Sicherung des Lebensunterhalts ist". J. Julliard: Die Neudefinition der Arbeit - eine Wirtschaftliche Notwendigkeit, in: Technologie und Politik, 15, 1980, S. 46. Vgl. zu diesem Zusammenhang auch die Theorie der Segregation des Arbeitsmarktes, u.a. R. Edwards: Contested Terrain. The Transformation of the Workplace in the Twentieth Century, New York 1979.
- 5) Im Entwurf des Grundsatz-Programms des Deutschen Gewerkschaftsbundes (im folgenden: EGP) vom Oktober 1979 ist eine in diesem Zusammenhang stehende Forderung des geltenden Grundsatz-Programms nicht mehr enthalten: "Die Wirtschaftspolitik muß auf die volle Entfaltung und Nutzung aller produktiven Kräfte gerichtet sein". Ein Zeichen des Erkennens der negativen Erscheinungen der Entfaltung und Nutzung der "produktiven Kräfte", der Wahrnehmung der teilweise destruktiven Aspekte des "technischen Fortschritts", der Notwendigkeit eines neuen Produktivitätsbegriffs?
- 6) Anderer Meinung ist z.B. Hajo Riese: "Es bleibt schleierhaft, wie die vielfach erhobene Forderung nach einer Einführung arbeitsintensiver Technologien mit der gleichzeitigen Befürwortung einer Verkürzung der Arbeitszeit und dem Ausbau sozialer Dienste in Einklang zu bringen sein soll". H. Riese: Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen, in: Frankfurter Hefte, 10, 1979, S. 21-31, hier S. 29.

- 7) Es muß also keineswegs so sein, wie der EGP dies formuliert: "Die Verkürzung der Arbeitszeit dient der Humanisierung der Arbeit" (Punkt 72). Denn selbst "Die Humanisierung entpuppt sich oft als Rationalisierung" - so der Titel einer Streitschrift von Frieder Naschold über das bisherige Scheitern und die zukünftigen Chancen der Anpassung von Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse der Arbeitenden, in: Frankfurter Rundschau, 13.3.1980.
- 8) In diesem Zusammenhang ist es eigentlich unverantwortlich, daß die Hemmnisse zur Wahrnehmung der gesetzlich postulierten Bildung und Weiterbildung bisher nicht beseitigt sind. Die geringe Inanspruchnahme der beruflichen Weiterbildung und des Bildungsurlaubs ist kein Informationsproblem, wie einige meinen, sondern eher schon ein betriebswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Skandal.
- 9) H.C. Binswanger, W. Geissberger, Th. Ginsburg (Hrsg.): Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt 1978, S. 206. (Im folgenden: NAWU-Report).
- 10) Im EGP steht die Forderung: "Die technische Entwicklung muß ... in den Dienst der Sicherung der Beschäftigung und der Humanisierung der Arbeit gestellt werden."
- 11) AEG 'entdeckt' die Energie, in: Frankfurter Rundschau, 19.4.1980.
- 12) Vgl. K.W. Kapp: The Social Costs of Private Enterprise, Cambridge/Mass. 1950 (Deutsche Übersetzung: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen 1958); Derselbe: Social Costs of Business Enterprise, Bombay, London 1963 (Deutsche Übersetzung: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Das klassische Werk der Umwelt-Ökonomie, Frankfurt 1979).
- 13) K.W. Kapp: The Implementation of Environmental Policies, in: Development and Environment, Paris, The Hague 1972, S. 71.
- 14) Vgl. insbesondere NAWU-Report, a.a.O., S. 127-144. Erfreulicherweise ist auch der EGP dieser Kurzsichtigkeit nicht erlegen, wenn formuliert wird: "Die Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts und der sparsame Umgang mit den natürlichen Rohstoffen sind in einen volkswirtschaftlichen Zielkatalog aufzunehmen". Unglücklicherweise steht diese Forderung aber erst in Abschnitt 22 des EGP und nicht dort, wo sie hingehört, d.h. im Zusammenhang von Humanisierung der Arbeit, Vollbeschäftigung, Verteilung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht (Abschnitte 3-7, EGP).

- 15) Engagierte Kritik hierzu rief die Vorlage des SPD-Wahlprogramms 1980 hervor: "In der Tat (sind) in den letzten Jahren einige Weichen gestellt und manche Umweltschäden notdürftig repariert worden. Das aber sind doch keine Wohltaten, derer sich die Regierung besonders rühmen müßte. Es war einfach höchste Zeit, die seit langem alarmierenden Signale ernst zu nehmen ... Denn Faktum ist doch wohl: Die Zerstörung der Landschaft durch bedenkenlose Zersiedlung geht weiter. Die gigantomanischen Straßenbaupläne wurden gebremst, nicht gestoppt. Rhein und Main sind nach wie vor verseucht, die Ostsee ist eine Kloake, die Nordsee wird weiter vergiftet. Der Lärm bleibt eine Geißel ...". Klappern ist zu wenig, in: Frankfurter Rundschau, 8.4.1980.
- 16) DIW-Wochenbericht 29, 1979. Zitat nach Frankfurter Rundschau 19.7.1979.
- 17) H.C. Wallich: Zero Growth, in: Newsweek, 24.1.1972 (eigene Übersetzung).
- 18) Vgl. hierzu R. Kuda, a.a.O.
- 19) Vgl. hierzu z.B. Y. Friedman: Machbare Utopien. Absage an geläufige Zukunftsmodelle, Frankfurt 1977. Eine Schätzung der Bedeutung der von offizieller Statistik nicht erfaßten wirtschaftlichen Tätigkeit unternimmt E.L. Feige: How Big Is the Irregular Economy? in: Challenge, Nov.-Dec. 1979, S. 5-13. Zu weiterreichenden Fragen vgl. J. Huber (Hrsg.): Anders arbeiten - anders wirtschaften, Frankfurt 1979.
- 20) Vgl. vor allem R. Inglehart: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977; Derselbe: Lebensqualität - eine Generationenfrage, in: Psychologie heute, 9, 1979, S.24 ff.
- 21) Vgl. B. Teriet: Zeitsouveränität für eine flexible Lebensplanung, in: J. Huber (Hrsg.): Anders arbeiten - anders wirtschaften, a.a.O., S. 150 ff.
- 22) Vgl. hierzu das Standardwerk der Wachstumskritik: E.J. Mishan: Technology and Growth. The Price We Pay, 3rd edition, New York, Washington 1971.
- 23) Zu diesen hier nur global benannten Problembereichen und mit weiterführender Literatur vgl. C. Leipert, U.E. Simonis: Alternativen wirtschaftlicher Entwicklung. Problembereiche, Ziele und Strategien, in: U.E. Simonis (Hrsg.): Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt, Karlsruhe 1980, S. 103-157.

- 24) Ausführlicher hierzu: C. Leipert, U.E. Simonis, a.a.O.
- 25) Vgl. auch H. Riese: Theoretische Grundlagen stabilitäts-
politischer Kontroversen, in: Kyklos, Vol. 32, 1979,
1/2, S. 219-235.
- 26) Diese Einschätzung findet sich bei K.W. Kapp: Umwelt-
gefährdung als ökonomisches und wirtschaftspolitisches
Problem, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen,
123, 1972, 4, S. 211-222, hier S. 220.
- 27) Vgl. hierzu besonders Sachverständigenrat zur Begut-
achtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahres-
gutachten, 1975/76 bis 1978/79; G. Haberler: Wirtschafts-
wachstum und Stabilität, Zürich 1975; oder auch O. Vogel:
Die Krise der Wirtschaftspolitik - aus der Sicht der
Arbeitgeber, in: D.B. Simmert (Hrsg.): Wirtschaftspolitik -
Kontrovers, Köln 1980, S. 201-219.
- 28) Vgl. H. Riese: Wirtschaftspolitik unter veränderten
historischen Bedingungen, a.a.O.
- 29) Ebenda, S. 21.
- 30) Vgl. G. Vobruba, a.a.O.; K.G. Zinn (Hrsg.): Strategien
gegen die Arbeitslosigkeit, a.a.O.; W. Meissner: Das Kon-
zept des Sachverständigenrats, in: D.B. Simmert (Hrsg.):
Wirtschaftspolitik - Kontrovers, a.a.O., S. 109-126.
- 31) K.W. Kapp sagt hierzu: "Wenn der Marktmechanismus mit
einem eingebauten Vorurteil Produktions- und Verteilungs-
entscheidungen ohne Rücksicht auf die Qualität der Umwelt
trifft, so werden Umweltwerte so lange weiter geopfert
werden, als es nicht gelingt, dieselben zum Gegenstand
ausdrücklicher gesellschaftlicher, d.h. politischer
Wertungen zu machen. Umweltschutz und die Verbesserung
der Qualität der Umwelt müssen deshalb als öffentliche
Ziele deklariert werden". K.W. Kapp: Umweltgefährdung
als ökonomisches und wirtschaftspolitisches Problem,
a.a.O., S. 217. Zur Bedeutung des neo-klassischen Theorie-
ansatzes für das Umweltproblem sagt er: "Die wissenschaft-
liche Fragestellung in einem technischen Zeitalter ergibt
sich nicht aus den Kriterien der formalen Rationalität
der neo-klassischen Theorie, sondern aus den faktischen
Gegebenheiten der Gefährdung des Menschen." K.W. Kapp:
Nationalökonomie und rationaler Humanismus, in: Kyklos,
Vol. 21, 1968, S. 1-25, hier S. 22.
- 32) Vgl. Memorandum '78: Alternativen der Wirtschaftspolitik,
Köln 1978; Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung -
Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1979; Vor-
schläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäfti-
gung, abgedr. in: K.G. Zinn (Hrsg.), a.a.O., S. 211-239;
DIW: Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung
der Vollbeschäftigung, Wochenbericht, 15, 1978.

- 33) Vgl. insbesondere Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung, a.a.O.
- 34) Vgl. z.B. J. Huber: Vierzehn Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: K.G. Zinn (Hrsg.), a.a.O., S. 125-142.
- 35) So vor allem H. Riese: Wirtschaftspolitik unter geänderten historischen Bedingungen, a.a.O.
- 36) Vgl. zum folgenden G. Vobruba, a.a.O.; aber auch R. Vaubel: "Alternativen der Wirtschaftspolitik?" Das Memorandum der 130 - Eine Widerlegung, in: D.B. Siemert (Hrsg.): Wirtschaftspolitik - Kontrovers, a.a.O., S. 158-176.
- 37) In Bezug auf das Umweltproblem charakterisiert K.W. Kapp das Problem der Makroökonomie ganz allgemein folgendermaßen: "... unter dem Mantel ihrer globalen Analysen und ihrer Aggregationsverfahren können sich schwere Belastungen und Gefährdungen verbergen, die eine Beeinträchtigung der Qualität des gesellschaftlichen Lebensrahmens darstellen ..." K.W. Kapp: Nationalökonomie und rationaler Humanismus, a.a.O., S. 20.
- 38) Den Anlaß der Kritik beschreibt M.J. Roberts wie folgt: "Economic growth has brought too many benefits and too many problems to be either dismissed or accepted without discussion". M.J. Roberts: On Reforming Economic Growth, in: M. Olson, H.H. Landsberg (Eds.): The No-Growth Society, New York 1973, S. 119. Zur zwischenzeitlichen Diskussion vgl. W. Elsner: Bemerkungen zur Diskussion "Neuer Lebensstil - Neue Ökonomie", in: Die Mitarbeit, 1, 1979, S. 27-38; K.E. Wenke, H. Zillessen (Hrsg.): Neuer Lebensstil. Verzichten oder Verändern?, Opladen 1978; NAWU-Report, a.a.O.
- 39) Umfassend und ausführlich hierzu: NAWU-Report, a.a.O.; H.E. Daly: Toward A Steady-State Economy, San Francisco 1973; E.F. Renshaw: The End of Progress. Adjusting to a No-Growth Economy, North Scituate, Mass. 1976; D.L. Meadows (Ed.): Alternatives to Growth. A Search for Sustainable Futures, Cambridge, Mass. 1977; K.E. Wenke, H. Zillessen (Hrsg.): Neuer Lebensstil, a.a.O.
- 40) Vgl. hierzu besonders D.H. Meadows et al.: The Limits to Growth, London 1972 und die im Zusammenhang damit erschienene Literatur.

- 41) Der NAWU-Report definiert qualitatives Wachstum wie folgt: 1. Qualitatives Wachstum ist Wachstum nach Maß (verlangsamter Anstieg der quantitativen Produktion); 2. Qualitatives Wachstum bedeutet eine Entkoppelung zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts und dem Wachstum des Energie- und Rohstoffverbrauchs; 3. Qualitatives Wachstum heißt Verbesserung der Lebensqualität (Kennziffern: soziale Indikatoren). NAWU-Report, a.a.O., S. 122 ff.
- 42) K.W. Kapp hat diese Kritik frühzeitig formuliert: "My central thesis was and has remained that the maximization of net income by micro-economic units is likely to reduce the income or utility of other economic units and of society at large and that conventional measurements of the performance of the economy are unsatisfactory and indeed misleading ..." K.W. Kapp: Social Costs, Neo-Classical Economics, Environmental Planning, a.a.O., S. 18.
- 43) "Market economies have continued to define their objectives and to gauge their performance in terms of questionable indicators which fail to take adequate, if any, account of social and environmental costs of economic processes. As long as these national income indicators, expressed in market values, continue to serve as a basis for the formulation of our goals, we shall continue to misuse our productive capacities and to develop technologies which threaten the quality of life, including the working and living conditions... and ultimately the process of socio-economic reproduction". K.W. Kapp: Socio-Economic Effects of Low and High Employment, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 418, 1975, S. 71.
- 44) Zu diesem jüngsten Konzept dieser Reihe vgl. R. Müller-Wenk: Die ökologische Buchhaltung. Ein Informations- und Steuerungsinstrument für umweltkonforme Unternehmenspolitik, Frankfurt 1978. Zur Kritik hieran und zu den allgemeinen Möglichkeiten der ökologischen Bilanzierung ökonomischer Tätigkeiten vgl. U.E. Simonis (Hrsg.): Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt, Karlsruhe 1980, S. 31-102.
- 45) Vgl. NAWU-Report, a.a.O., S. 127 ff.
- 46) Ebenda, S. 129.
- 47) Vgl. R. and D. Elliott: The Control of Technology, London 1977; D. Dickson: Alternative Technik und Strategie der technischen Veränderung, München 1977.

- 48) Vgl. H.C. Binswanger, E. Ledergerber: Bremsung des Energiezuwachses als Mittel der Wachstumskontrolle, in: J. Wolff (Hrsg.): Wirtschaftspolitik in der Umweltkrise, Stuttgart 1974, S. 103-135; W. Müller, B. Stoy: Entkoppelung - Wirtschaftswachstum ohne mehr Energie?, Stuttgart 1978; K.M. Meyer-Abich (Hrsg.): Energieeinsparung als neue Energiequelle, München, Wien 1979; sowie F. Krause, H. Bossel, F.K. Müller-Reißmann: Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt 1980.
- 49) Zum Ansatz einer "integrierten Beschäftigungspolitik" (qualitatives Wachstum, humaner technischer Wandel, Verringerung der Arbeitszeit) vgl. U.Engelen-Kefer: Arbeitslosigkeit, Köln 1978; ferner H. Kohl: Arbeit für alle. Zukunftsbezogene Arbeitspolitik im Interesse der Arbeitnehmer, Köln 1979.
- 50) Editorial, in: Technologie und Politik, 15, 1980, S. 3 f.
- 51) K.W. Kapp: Zum Problem der Enthumanisierung der 'reinen' Theorie und der gesellschaftlichen Realität, in: Kyklos, Vol. 20, 1967, 1, S. 307-330, hier S. 330.
- 52) J.K. Galbraith, in: Asahi Evening News, Tokyo, 31.8.1970.

Zusammenfassung

1. Die gesamtwirtschaftliche Stabilität ist seit geraumer Zeit nicht mehr gewährleistet. Alle gebräuchlichen Erfolgsindikatoren der Wirtschaftspolitik signalisieren erhebliche Fehlentwicklungen, die sich aufgrund neuer Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums in der Zukunft noch verschärfen können.

2. Zu diesen neuen Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums gehören u.a.:

- die Divergenz im Trend von Arbeitsproduktivität einerseits und Produktionsvolumen andererseits, der eine Trennung von Wachstums- und Beschäftigungseffekt entspricht;
- die Struktur des volkswirtschaftlichen Investitionsvolumens in Form der relativen Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen und relativen Abnahme der Erweiterungsinvestitionen;
- die (relative und absolute) Verknappung natürlicher Rohstoffe und Energieträger;
- das Erreichen bzw. Überschreiten bestimmter Belastungsgrenzen der natürlichen Umwelt und des arbeitenden Menschen;
- die Verteilungsfrage, die bei rückläufigen Zuwachsraten der Wirtschaft neu aufbricht;
- das Ausbleiben außen- und binnenwirtschaftlicher Kompensationsmechanismen (übermäßiger außenwirtschaftlicher Verflechtungsgrad, fiskalische Grenzen der Ausweitung professioneller Dienstleistungen);
- Verschiebungen der individuellen und gesellschaftlichen Präferenzstrukturen in Richtung auf nicht-materielle Werte;
- die Annäherung an Schwellen der "Rationalität des Wachstums" (überproportionale Zunahme der Folgekosten (Sozialkosten) der Produktion, steigender Grenznutzen der Freizeit und der Eigenarbeit).

3. Die Erfahrung, daß quantitatives Wirtschaftswachstum auch Existenzgrundlagen gefährden kann ("Beschäftigungsproblem", "Technologieproblem"), die Erkenntnis, daß bestimmte Produktionsfaktoren nicht nur relativ, sondern absolut knapp werden ("Rohstoffproblem") und gewisse Belastungsgrenzen überschritten sind ("Umweltproblem", "Arbeitsbelastung"), die Vermutung, daß steigende Grenzkosten der Produktion sinkende Grenzerträge gegenüberstehen ("Wohlfahrtsproblem") und die Einsicht, daß Wachstum an sich keine Garantie für die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung ("Verteilungsproblem") bietet, stellen zusammengenommen eine fundamentale Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar - in Theorie und Praxis.

4. In der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik hat neoklassisches Denken eine ungewöhnlich kräftige Renaissance erlebt (Bedeutungsgewinn des Monetarismus, Kritik des staatlichen Interventionismus, Re-Privatisierungsdebatte, Kritik der öffentlichen Schuldenpolitik, etc.), das gelegentlich - und trotz erheblicher wirtschaftlicher Probleme - bis zum

Extrem der "Selbstneutralisierung der Wirtschaftspolitik" bzw. des "fehlenden Handlungsbedarfs" führt. Demgegenüber haben neo-keynesianisch geprägte wirtschaftspolitische Strategien eine Strukturierung erfahren, die einen weiteren Ausbau der ökonomischen Funktionen des Staates zur Folge hat und den Ansatz der globalen Nachfragesteuerung verläßt. "Marktpolitik neoklassischer Provenienz" und "keynesianische Politik der aktiven Wirtschaftssteuerung" haben ihre je spezifischen Schwächen und Defizite. Aus dem ersteren Grundkonzept folgt - kurz gefaßt - die Notwendigkeit der Profitsicherung, wozu Lohninteressen in den Hintergrund treten; aus dem zweiten Grundkonzept folgt - kurz gefaßt - die Notwendigkeit der Lohnsicherung, die zu unternehmerischen Abwehrreaktionen führen. Beiden Grundkonzeptionen der praktischen Wirtschaftspolitik ist eine hohe Präferenz für Wirtschaftswachstum gemeinsam (bei unterschiedlicher Priorität für Vollbeschäftigung und Preisstabilität), beiden fehlt es dagegen an einer ausreichenden Sensibilisierung in Bezug auf die durch wirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Handeln entstehenden Probleme in Bezug auf die natürliche und soziale Umwelt.

5. Alternative wirtschaftspolitische Strategien setzen (vor allem) an diesem Defizit der vorherrschenden Grundkonzeptionen an. Aufgrund der Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftswachstums, der Neubestimmung der wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumente und über institutionelle Änderungen gewinnen die Leitbilder "Qualitatives Wachstum" und "Neuer Lebensstil" an strategischer Bedeutung. Durch erweiterte Verträglichkeitsprüfungen mit Hilfe von "Öko-Bilanz", "Sozial-Bilanz", "Human-Bilanz" und "Wohlfahrts-Bilanz" soll das wirtschaftliche Wachstum stärker als bisher qualifiziert werden, im Sinne des wirtschaftspolitischen Imperativs: "Entscheiden - was wachsen soll"! Durch Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges soll die Harmonisierung der Ziele "Umweltstabilität", "Vollbeschäftigung" und "Preisstabilität" ermöglicht werden, und die Bereiche "Arbeit" und "Technologie" gewinnen funktionale Bedeutung für eine alternative Wirtschaftspolitik (Humanisierung des Arbeitslebens, Reduzierung der Arbeitszeit, Zeitautonomie, Technologiekontrolle), für die ein allein an Tauschwerten orientiertes Wirtschaftswachstum als Ziel an sich an Bedeutung verliert.

6. Angesichts der vorhandenen wirtschaftlichen Problemkonstellation und der sich abzeichnenden neuen Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums reicht herkömmliche wirtschaftspolitische Weisheit nicht mehr aus. Erforderlich ist ein höheres Maß an geistiger Beweglichkeit, an Bereitschaft zum Experiment und an Mut zur Entscheidung. Die Problemkonstellation erfordert auch eine stärkere Öffnung der ökonomischen Theorie gegenüber dem konkreten gesell-

schaftlichen Kontext - womit den Ökonomen selbst eine ernsthafte Prüfung bevorsteht, zumal die meisten von ihnen in ihrem Leben nur ein Ideengebäude meistern. In Bezug auf das vorherrschende ökonomische Ideengebäude sagte K.W. Kapp u.a.: "Ich war und bin davon überzeugt, daß Art und Reichweite der ökonomischen Theorie zu eng sind; und dieser Vorbehalt trifft sie in ihren Grundfesten, d.h. bei der Konzeptformulierung, der Wahl der Evaluierungskriterien und beim Abstecken ihres Untersuchungsbereichs".